

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen
am Dienstag, **16.11.2010**, 17:25 Uhr - 20:15 Uhr,
Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning , Heinz Georg Buddenbäumer , Wolfhard Ediger (in Vertretung für Frank Baumann), Margret Ehring (in Vertretung für Herrn Karl Kleine-Wilke), Veronika Güttler , Horst Kisinat , Thomas Reichelt ,

von der SPD-Fraktion

Dr. Christine Farwick , Thomas Fastermann , Martin Rettig , Jonas Rilinger , Holger Wigger ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Stefan Kubel , Bernhard Leuters , Jörn Möltgen ,

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter ,

von der Fraktion DIE LINKE.

Iris Toulas (in Vertretung für Ralf Henrichs),

von der Ratsgruppe UWG/ÖDP

Franz Pohlmann ,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn , Dr. Thomas Hövelmann , Harald Nölle , Ulrich Oskamp ,

von der Verwaltung

Henrik Bestmann , Gerhard Böll , Heinrich Bruns , Fritz Burrichter , Jochen Detering , Günther Drewes , Benno Fritzen , Michael Grimm , Harald Koops , Christoph Kутtenkeuler , Dr. Jürgen Langenberg , Robert Löckmann , Jörg Michel , Frank Niekrawitz , Andreas Nienaber , Christian Niggemann , Thomas Paal , Willi Reckert , Winfried Reher , Gerhard Rüller , Siegfried Thielen , Thomas Werner , Birgit Wildt ,

für die Schriftführung

Bärbel Jahn ,

Es fehlten:

Frank Baumann , Wulf Greiling , Dr. Ralf Henrichs , Wolfgang Klein , Karl Kleine-Wilke ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen am 16.11.2010

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|------|---|
| | 1. | Genehmigung der Tagesordnung |
| | 1.1. | Festsetzung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist. |
| | 2. | Mitteilungen der Verwaltung |
| | 2.1. | Mündlicher Bericht des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz zum Thema "Osterfeuer" |
| | 3. | Einbringen von Eingaben |
| | 4. | Umweltschutz und Baumaßnahmen |
| <u>V/0697/2010</u>
V | 4.1. | Umweltdaten Münster 2009 |
| <u>V/0592/2010</u>
V | 4.2. | Handlungskonzept zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 für Münster |
| <u>V/0735/2010</u>
III | 4.3. | Ergebnisbericht zum Einplanungsgespräch vom 22.09.2010 über die Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebbaus ab 2011 |
| <u>V/0749/2010</u>
III | 4.4. | Änderung der Gewässergebührensatzung (GGs); hier: Änderung der Gebührentarife |
| <u>V/0750/2010</u>
III | 4.5. | Änderung der Abwassergebührensatzung (AGS); hier: Änderung der Gebührentarife |
| <u>V/0783/2010</u>
V | 4.6. | Änderung der Satzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Münster
Änderung der Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Münster |

<u>V/0760/2010</u> V	4.7.	Gräftenanlage Herstellung - Baubeschluss	Haus der	Rüschhaus Ufersicherung
<u>V/0820/2010</u> IV	4.8.	Zwischenbericht zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE, der Ratsgruppe UWG/ÖDP und von Herrn Langenfeld A-R/0028/2010 "Ein neues Südbad ist das Ziel"		
<u>V/0590/2010</u> V	4.9.	Jahresbericht 2009 der Biologischen Station Rieselfelder Münster		
	5.	Beratung der Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost		
	6.	Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2011, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2010 - 2014		
	7.	Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen		
	8.	Sonstiges		

Nachdem der Ausschussvorsitzende, Herr Möltgen, sich für seine Verspätung entschuldigt hat, eröffnet er die öffentliche Sitzung um 17.25 Uhr und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich. Weiterhin teilt er dem Ausschuss mit, dass Herr Klein erkrankt sei, worauf hin ihm alle Anwesenden auf diesem Wege alles Gute und recht baldige Genesung wünschen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form genehmigt.

Punkt 1.1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich ist.

Auf Nachfrage stellt Herr Möltgen fest, dass zu den Tagesordnungspunkten 4.1, 4.2, 4.6, 4.8 sowie 5 und 6 die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeitern nicht erforderlich ist.

Punkt 2 der Tagesordnung

Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Mündlicher Bericht des Amtes für Grünflächen und

Umweltschutz zum Thema "Osterfeuer"

(Siehe TOP 5.2 der öffentl. Sitzung am 02.02.2010)

Herr Bruns greift das Thema noch einmal auf und teilt mit, dass die Angelegenheit wunschgemäß in die Bezirksvertretungen transportiert worden ist, um so ggf. zu erreichen, die Anzahl der Osterfeuer zu bündeln. Die Osterfeiertage 2010 haben - auch aufgrund der guten Witterung - zu keinerlei Beschwerden geführt. Es gab auch keine Überschreitungstage im Hinblick auf den Feinstaubgrenzwert. Bei den örtlichen Kontrollen wurde festgestellt, dass die Anzahl der Osterfeuer merklich zurückgegangen ist. Dies zeigt sich auch in den Anmeldezahlen (2010 nur 180 gegenüber ca. 250 in den Vorjahren). Damit gibt es derzeit auch keinen akuten Regelungsbedarf. Das in Münster geltende Reglement berücksichtigt neben dem Abfallrecht auch den vorbeugenden Brandschutz, den Natur- und Artenschutz sowie den Immissionsschutz. An der Festlegung der ordnungsgemäßen Abwicklung von Brauchtumsfeuern an den Osterfeiertagen werden alle thematisch involvierten Sonderordnungsbehörden beteiligt. Die Vorgehensweise der allgemeinen Beratung mit Hilfe der Medien einerseits und der persönlichen Beratung im Rahmen der propagierten freiwilligen Anmeldung des geplanten Osterfeuers (in der Regel telefonisch) andererseits wird in Münster seit Jahren praktiziert und als bewährtes Vorgehen über die Jahre hinweg bis heute beibehalten. Die Bereitschaft der Bürger, ihr Osterfeuer anzumelden, hat dabei stetig zugenommen, die Zahl der Beanstandungen hat ebenso stetig abgenommen. Die Umweltbehörde führt dies auf die ausführliche Beratung und die intensiven Kontrollen zurück. Änderungen der bisherigen Vorgehensweise sind daher zurzeit nicht angedacht. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

2.2 Bundeshauptstadt Klimaschutz 2010

Herr Bruns gibt bekannt, dass die Stadt Freiburg mit dem Titel "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" ausgezeichnet worden ist. Münster, in den Jahren 1997 und 2006 bereits zur Klimahauptstadt gewählt, hat in diesem Jahr nach Frankfurt, Heidelberg, Nürnberg und Hannover auf den Plätzen 2 bis 5 nur den 6. Rang erreicht.

2.3 Berichtsvorlage V/0449/2010 an die Bezirksvertretung Münster-Mitte, Park Sentmaring, 3. Bauabschnitt (Spielplatz)

Herr Bruns unterrichtet den Ausschuss darüber, dass für die Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Mitte am 02.11.2010 eine Berichtsvorlage erarbeitet worden ist, mit der die Planungen für den letzten Bauabschnitt erläutert werden. Sie sollte dem AUB in der Sitzung am 26.10.2010 und damit noch vor den Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis gegeben werden, was wegen der Absage dieser Sitzung nicht erfolgen konnte.

2.4 Ökoprofit

Herr Bruns führt aus, dass das Projekt nunmehr seit 10 Jahren erfolgreich durchgeführt wird und die Vorbereitungen für den nächsten Durchgang zurzeit auf Hochtouren laufen. Die angemeldeten 12 Firmen freuen sich auf die Auftaktveranstaltung am 24.11.2010.

2.5 Grünrückschnitt

Herr Grimm weist darauf hin, dass er zum Thema Grünrückschnitt ein Informationsblatt des Tiefbauamtes und die Berichtsvorlage 0650/2006 verteilt habe. Er erläutert kurz das Verfahren, das sich beim Tiefbauamt bewährt habe, da in nur rund 1% der Fälle die Stadt den Grünbe-

wuchs auf Kosten der Anlieger schneiden müsse. Auf Initiative verschiedener Parteien fände in den nächsten Tagen ein Ortstermin mit Betroffenen im Ortsteil Lütkenbeck statt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Einbringen von Eingaben

Der eingebrachte Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2010 zur Vorlage an den Rat, Nr. V/0697/2010, „Umweltdaten Münster 2009“, wird unter TOP 4.1 mit behandelt.

Der eingebrachte gemeinsame Ergänzungsantrag von SPD, GAL, DIE LINKE, UWG/ÖDP und Piraten vom 16.11.2010 zur Vorlage an den Rat, Nr. V/0592/2010, „Handlungskonzept zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 in Münster“, wird unter TOP 4.2 mit behandelt.

Zu den zur Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2011 vorgelegten Änträgen der Fraktionen, einer Protokollerklärung der FDP-Fraktion zum Sparpaket und den Anträgen gem. § 24 GO NRW siehe TOP 6, „Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2011, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2010 – 2014“.

Punkt 4 der Tagesordnung

Umweltschutz und Baumaßnahmen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0697/2010

Umweltdaten Münster 2009

Der folgende Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2010 zur Vorlage liegt vor:

„Der Rat / Ausschuss möge beschließen:

1. wie Vorlage
2. zu ersetzen durch:
Die in den „Umweltdaten Münster“ in Anlage 1 formulierten Ziele werden wie folgt erweitert und präzisiert und künftig als Grundlage für zukünftiges Verwaltungs-handeln festgeschrieben:
 - a) „Bio-Diversität“ wird als weiteres Umweltmedium aufgenommen.
 - b) Sofern nicht schon rechtlich verbindliche quantitative Ziele existieren (z.B. Grenz- und Richtwerte bei den Emissionen etc.), werden solche formuliert und in den Umweltdaten fortgeschrieben.
 - c) Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür geeignete (oder alternative) Indikatorensets zu den vorliegenden zu suchen und dem AUB vorzustellen. Es wird hierbei in Kauf genommen, dass ein neues Indikatorenset nicht in allen Punkten zwangsläufig mit dem ISM-Konzept übereinstimmt, wenn so die ausgewählten Umweltdaten adäquater genuine Umweltentwicklungen und -wirkungen – anstelle der subjektiven Kategorie „Lebensqualität“ etwa – abbilden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der Umweltdaten auf den entsprechenden Seiten der Stadt Münster im Internet zu ermöglichen (Umweltinformation).

Begründung:

Zu 2.a)

Im AUB vom 21. September 2010 ist der Beitritt zur Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ beschlossen worden. Die Abbildung von Kenndaten zur Biodiversität in den Umweltdaten ist daher zwingend.

Zu 2.b)

Die quantitative Erfassung von z.B. Flächenverbrauch, Qualität der Grünflächen bzw. der Schutzgebiete in Natur und Landschaft ist ein wichtiges Instrument für die Überprüfung von Effizienz und Wirksamkeit von politischen und fachlichen Maßnahmen. Die Erhebung quantitativer Daten in diesen Medien ist Standard in der Genehmigungspraxis bzw. der Anwendung naturschutzfachlicher Verfahren. Am Beispiel Flächenversiegelung benennt das Bundesregierungspapier „Perspektiven für Deutschland“ (Nachhaltige Entwicklung) als anzustrebendes Ziel für die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 max. 30 ha pro Tag.

Zu 2.c)

Die Selbstentlassung aus der Pflicht – „Sofern möglich“ (Seite 2) und eine „Selbstverpflichtung“ (Seite 3) – verhindert, dass eine Vergleichbarkeit über die Jahre und mit anderen Kommunen gegeben ist.

Zu 3)

Zur Transparenz fachlicher und politischer Handlungen und Entscheidungen im Umweltschutz ist die Veröffentlichung der Umweltdaten im Internet nach Prüfen der rechtlichen Voraussetzungen wichtig. Die öffentliche Verfügbarkeit solcher Daten für das Geltungsgebiet der Stadt Münster kann die Akzeptanz für politisches und verwaltungsrechtliches Handeln fördern.“

Nach kontroverser Diskussion zu den Inhalten der Vorlage führt Herr Paal aus, dass die Vorlage einen ersten Einstieg in die Thematik bieten und der Politik als Grundlage dienen soll, Ziele zu definieren. Sie erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Herr Reuter bittet darum, die Abstimmung in den Hauptausschuss zu schieben, weil dort noch ein Antrag der FDP-Fraktion vorgelegt werden soll. In Gegensatz dazu spricht Herr Kisnat sich dafür aus, das Votum des AUB vor der Behandlung in den Folgegremien einzuholen. Deshalb schlägt Herr Möltgen vor, die Behandlung der Vorlage um eine Beratungskette zu schieben.

Der Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wird einvernehmlich angenommen.

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0592/2010

Handlungskonzept zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 für Münster

Herr Wigger begründet den folgenden gemeinsamen Ergänzungsantrag von SPD, GAL, DIE LINKE, UWG/ödp und Piraten vom 16.11.2010:

„Der Rat der Stadt / Ausschuss möge beschließen:

4. wie Vorlage
5. wie Vorlage
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Handlungskonzept – Teil 1 (Anlage 1a+b) genannten Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen. Maßnahmen, die keiner weiteren politischen Entscheidung bedürfen, sollen sofort in Angriff genommen werden. Dies sind folgende Maßnahmen

Ü4 Münsters Allianz für Klimaschutz
 Ü8 Klimaschutz in der Stadtplanung

B4 Arbeitskreis Mieter/Vermieter
 B7 Energie und Denkmalschutz
 B13 Erarbeitung eines Konzepts „Stromverbrauchsminderung
 B14 Stromsparprämien
 B15 Informativere Stromrechnung

G3 Energiecontrolling für KMU

E3 Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung
 E7 Umfeld Solarenergie unterstützen
 E9 Beteiligung an Solaranlagen unterstützen

V6 Sicherung und Optimierung des Regionalbus-Angebots
 V7 Sicherung und Optimierung des Stadtbus-Angebots

Für die anderen Maßnahmen sind die Voraussetzungen für eine Entscheidung der zuständigen Gremien zur Umsetzung dieser Maßnahmen vorzubereiten und zu schaffen. Dies sind folgende Maßnahmen:

Ü1 Klimaschutzkoordination (Klenko) personell ausbauen
 Ü2 Klimaschutzfond zur Finanzierung eines Teils der zusätzlichen
 Maßnahmen und Projekte
 Ü3 Klima-Check von Ratsbeschlüssen

B8 Festsetzung eines Passivhausstandard beim Verkauf städtischer
 Grundstücke und bei städt. Wohnungsunternehmen
 B9 Zielrichtung Passivhausstandard bei Neubau städtischer Gebäude
 B10 Energetische Zielwertfestlegung bei Sanierung städt. Gebäude

G7 Förderprogramm „Energieeffizienzmaßnahmen im Sektor GUD

E8 Ausbau Windenergie

V1 Klimaschutz als zentrale Zielstellung im Verkehrsentwicklungsplan
 V2 Aufbau und Fortführung einer kontinuierlichen regionalen
 Verkehrsplanung
 V10 Förderung des Fußverkehrs in Münster
 V11 Gesamtstädtisches Parkraummanagement

Zusatz:

Folgende Maßnahmen werden aus der Anlage 1a in die Anlage 1b verschoben, von der Verwaltung vorbereitet und den jeweils zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt:

Ü5 Fortsetzung und Weiterentwicklung Öffentlichkeitsarbeit

B6 Öffentlichkeitsarbeit Bauen: Neue Bausteine

G1 Energie-Coaching für KMU und deren Fachplaner

G2/Ü4 Netzwerke für Erfahrungsaustausch im Sektor GHD

E1 Ausbau der Fernwärme in der Fläche

V4 Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität

V9 Verbesserung des Abstellangebotes für Fahrräder

7. Zusatz:

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, sich vorrangig mit Maßnahmen zu befassen, die bis 2020 eine besonders hohe CO₂-Einsparung erwarten lassen:

Ü9 Bürger-/Firmen-Klimafonds

E2 Ausbau KWK im Heizkraftwerk Uni

E4 Ausbau landwirtschaftliche Biogasnutzung

Es ist sicherzustellen, wie hier trotz angespannter Haushaltslage ein Einstieg in die Finanzierung gefunden werden kann.

8. Zusatz:

Für die Maßnahme B2 Altbausanierungsprogramm sollen jährlich Mittel in Höhe 350.000 € zur Verfügung stehen.

Für das Handlungskonzept Klimaschutz werden zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Mitteln weitere Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen jährlich zur Verfügung gestellt.

Um die organisatorische Betreuung des Klimabeirates sicherzustellen, wird ab dem Jahr 2011 ein Betrag von jährlich 30.000 € vorgesehen.

Bei allen Fördermaßnahmen ist sicherzustellen, dass keine Doppelförderung stattfindet und dass keine Maßnahmen gefördert werden, die auch anderweitig, z.B. durch Programme des Bundes oder der Länder, gefördert werden könnten.

9. wie Vorlage

10. Zusatz:

Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Klimabeirat jährlich die Wirksamkeit der von Maßnahmen des Konzeptes überprüfen und dem AUB Vorschläge für die Fortschreibung des Konzeptes unterbreiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, Anregungen aus anderen Kommunen usw. zur Übernahme zu prüfen. Niedrigschwellige Konzepte, die zum Ziel haben, Klimaschutz im Alltag populär zu machen, wie etwa Carrotmobs (Berlin, Hamburg, Bielefeld), Klimaschutzbuch (München; Oekom Verlag), jährliche/r Klimaschutztag/-woche etc, sind zu fördern.

11. Streichen:

Die Anträge und Anregungen sind damit formal erledigt.

Zusatz:

Die Verwaltung wird darstellen, in welcher Form Anregungen aus den Ratsanträgen übernommen worden sind und in warum auf die Umsetzung beantragter Maßnahmen verzichtet wurde.

12. Neu:

Das Klimaschutzkonzept 2020 soll um einen weiteren Sektor „Landwirtschaft und Ernährung“ ergänzt werden.

Instrumente wie etwa die Propagierung eines freiwillig fleischlosen Wochentags sind dabei zu berücksichtigen. BürgerInnen sollen auf den gesundheitlichen und den großen Klimanutzen des Einkaufs frischer, regionaler und saisonaler Produkte (z.B. via Einkaufsführer, Infos in Geschäften etc.) regelmäßig und eindringlich hingewiesen werden.

Die Verwaltung soll die Produktion klimaschädlicher Gase durch die landwirtschaftliche Tierhaltung im Stadtgebiet Münster abschätzen und prüfen, ob weitere Umweltdaten für Landwirtschaft und Ernährung abgebildet werden können.

13. Neu:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfassendes Konzept für eine Klima schonende Verkehrsentwicklung, für Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau vorzulegen.

Dabei sind für das Jahr 2020 folgende Ziele zu berücksichtigen:

- Die Anteile der umweltfreundlichen Verkehrsmittel im Stadtverkehr und der öffentlichen Verkehrsmittel im regionalen Verkehr sollen deutlich gesteigert werden,
- das weitere Wachstum der Siedlungsflächen im Stadtgebiet soll gestoppt und durch Innenentwicklung, durch Flächenrecycling und durch städtebauliche Verdichtung in den Siedlungskernen kompensiert werden,
- die Inanspruchnahme von Freiraum, insbesondere von land- und forstwirtschaftlichen Flächen für die Siedlungsentwicklung, soll beendet werden,
- Städtebauliche Planungen und Vorhaben sind grundsätzlich auf die Ziele der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und der Nutzung Erneuerbarer Energien auszurichten.

Die bislang im Klimaschutzkonzept 2020 vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Verkehr (V 1 – V 12) sowie Stadtentwicklung/Städtebau (Ü 8) werden in dieses Konzept integriert.

Das Konzept für Klimaschutz in der Verkehrs- und in der Stadtentwicklung sowie im Städtebau ist bis zum Frühjahr 2011 vorzulegen.

14. Neu:

Flächen für die Außengastronomie werden nur noch unter der Bedingung genehmigt werden, dass sich die Antragsteller zum Verzicht auf die Aufstellung von Heizpilzen, Infrarotstrahlern usw. bereit erklären. Auch bei bereits bestehender Außengastronomie werden die Betreiber um eine Selbstverpflichtung gebeten (siehe Anregung nach § 24 GO 9/2008).“

Anschließend stellen Herr Reuter, Frau Benning und Herr Buddenbäumer fest, dass eine Bewertung des Antrages aufgrund seiner Komplexität heute noch nicht möglich ist und beantragen, die Beratung der Vorlage und des Ergänzungsantrages in den Hauptausschuss zu schieben.

Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag mit 5 Nein-Stimmen (SPD), 3 Nein-Stimmen (GAL), 1 Nein-Stimme (UWG/ödp) und 1 Nein-Stimme (DIE LINKE) bei 7 Ja-Stimmen (CDU) und 1 Ja-Stimme (FDP) mehrheitlich abgelehnt.

Der Ergänzungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen (SPD), 3 Ja-Stimmen (GAL), 1 Ja-Stimme (UWG/ödp) und 1 Ja-Stimme (DIE LINKE) bei 7 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Nein-Stimme (FDP) mehrheitlich angenommen.

Abschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat die Annahme der so geänderten Vorlage mit 5 Ja-Stimmen (SPD), 3 Ja-Stimmen (GAL), 1 Ja-Stimme (UWG/ödp) und 1 Ja-Stimme (DIE LINKE) bei 7 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Nein-Stimme (FDP) mehrheitlich.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stellt in Bekräftigung seiner am 12. März 2008 beschlossenen Klimaschutzziele fest, dass diese Ziele nur in einer gemeinsamen und großen Kraftanstrengung der engagierten Akteure aus Wirtschaft, Politik, Institutionen, Verbänden und der Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind.
2. Der Rat stimmt dem Handlungskonzept zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 für Münster zu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Handlungskonzept - Teil 1 (Anlage 1 a+b) genannten Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen. Maßnahmen, die keiner weiteren politischen Entscheidung bedürfen, sollen sofort in Angriff genommen werden (~~Ü4, Ü5, Ü8, B4, B6, B7, B13, B14, B15, G1, G2, G3, E1, E3, E7, E9, V4, V6, V7, V9~~). Für die anderen Maßnahmen sind die Voraussetzungen für eine Entscheidung der zuständigen Gremien zur Umsetzung der Maßnahmen vorzubereiten und zu schaffen. ***Dies sind folgende Maßnahmen***

***Ü4 Münsters Allianz für Klimaschutz
Ü8 Klimaschutz in der Stadtplanung***

***B4 Arbeitskreis Mieter/Vermieter
B7 Energie und Denkmalschutz
B13 Erarbeitung eines Konzepts „Stromverbrauchsminderung
B14 Stromsparprämien
B15 Informativere Stromrechnung***

G3 Energiecontrolling für KMU

***E3 Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung
E7 Umfeld Solarenergie unterstützen
E9 Beteiligung an Solaranlagen unterstützen***

***V6 Sicherung und Optimierung des Regionalbus-Angebots
V7 Sicherung und Optimierung des Stadtbus-Angebots***

Für die anderen Maßnahmen sind die Voraussetzungen für eine Entscheidung der zuständigen Gremien zur Umsetzung dieser Maßnahmen vorzubereiten und zu schaffen. ***Dies sind folgende Maßnahmen:***

***Ü1 Klimaschutzkoordination (Klenko) personell ausbauen
Ü2 Klimaschutzfond zur Finanzierung eines Teils der zusätzlichen
Maßnahmen und Projekte
Ü3 Klima-Check von Ratsbeschlüssen***

B8 Festsetzung eines Passivhausstandard beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei städt. Wohnungsunternehmen
B9 Zielrichtung Passivhausstandard bei Neubau städtischer Gebäude
B10 Energetische Zielwertfestlegung bei Sanierung städt. Gebäude

G7 Förderprogramm „Energieeffizienzmaßnahmen im Sektor GUD

E8 Ausbau Windenergie

V1 Klimaschutz als zentrale Zielstellung im Verkehrsentwicklungsplan
V2 Aufbau und Fortführung einer kontinuierlichen regionalen Verkehrsplanung
V10 Förderung des Fußverkehrs in Münster
V11 Gesamtstädtisches Parkraummanagement

Folgende Maßnahmen werden aus der Anlage 1a in die Anlage 1b verschoben, von der Verwaltung vorbereitet und den jeweils zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt:

Ü5 Fortsetzung und Weiterentwicklung Öffentlichkeitsarbeit

B6 Öffentlichkeitsarbeit Bauen: Neue Bausteine

G1 Energie-Coaching für KMU und deren Fachplaner
G2/Ü4 Netzwerke für Erfahrungsaustausch im Sektor GHD

E1 Ausbau der Fernwärme in der Fläche

V4 Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität
V9 Verbesserung des Abstellangebotes für Fahrräder

4. Für die im Handlungskonzept - Teil 2 (Anlage 2) genannten Maßnahmen wird die Verwaltung beauftragt, bereits jetzt die Voraussetzungen zu schaffen und eine Umsetzung in den kommenden Jahren vorzubereiten und anzustreben.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, sich vorrangig mit Maßnahmen zu befassen, die bis 2020 eine besonders hohe CO₂-Einsparung erwarten lassen:

Ü9 Bürger-/Firmen-Klimafonds
E2 Ausbau KWK im Heizkraftwerk Uni
E4 Ausbau landwirtschaftliche Biogasnutzung

Es ist sicherzustellen, wie hier trotz angespannter Haushaltslage ein Einstieg in die Finanzierung gefunden werden kann.

5. Die für die Umsetzung des Handlungskonzeptes (Teil 1 und Teil 2) erforderlichen jährlichen Haushaltsmittel (Anlage 3) sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in den Haushaltsplan 2011 sowie die mittelfristige Finanzplanung und das Investitionsprogramm 2010 – 2014 im Teilplan 1401 einzustellen. Für die Haushaltspläne 2012 ff. wird geprüft, ob die Mittel im Teilplan 1401 unter einem neuen Produktnamen „Kommunaler Klimaschutz“ verwaltet werden können.

Zum 01.01.2011 werden im Teilergebnisplan 1401 1,5 Stellen Entgeltgruppe 10, für die Maßnahmen Ü1 (1,0) sowie Ü6 (0,5) eingerichtet.

Für die Maßnahme B2 Altbausanierungsprogramm sollen jährlich Mittel in Höhe 350.000 € zur Verfügung stehen.

Für das Handlungskonzept Klimaschutz werden zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Mitteln weitere Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen jährlich zur Verfügung gestellt.

Um die organisatorische Betreuung des Klimabeirates sicherzustellen, wird ab dem Jahr 2011 ein Betrag von jährlich 30.000 € vorgesehen.

Bei allen Fördermaßnahmen ist sicherzustellen, dass keine Doppelförderung stattfindet und dass keine Maßnahmen gefördert werden, die auch anderweitig, z.B. durch Programme des Bundes oder der Länder, gefördert werden könnten.

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis und begrüßt, dass
 - die Stadtwerke Münster GmbH der wichtigste Partner im Rahmen der kommunalen Klimaschutzarbeit ist,
 - diese sich bereit erklärt hat, sich umgehend mit den Maßnahmen B14, B15, E1 und E3 auseinanderzusetzen und Detailuntersuchungen und Konzepte zur Umsetzung der Maßnahmen (Techniken, Kosten, Planungs- und Realisierungszeiträume) bis zum Herbst 2011 vorzulegen,
 - die Stadtwerke Münster GmbH für die Maßnahme Ü2 – Klimaschutzfond in Zusammenarbeit mit der Verwaltung bis zum Sommer 2011 ein Konzept erarbeiten wird, um die kommunale Klimaschutzarbeit weiter auszubauen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, den sie alle zwei Jahre vorlegen soll, um den Punkt „Finanzlage zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen“ zu ergänzen.

Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Klimabeirat jährlich die Wirksamkeit der von Maßnahmen des Konzeptes überprüfen und dem AUB Vorschläge für die Fortschreibung des Konzeptes unterbreiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, Anregungen aus anderen Kommunen usw. zur Übernahme zu prüfen. Niedrigschwellige Konzepte, die zum Ziel haben, Klimaschutz im Alltag populär zu machen, wie etwa Carrotmobs (Berlin, Hamburg, Bielefeld), Klimaschutzbuch (München; Oekom Verlag), jährliche/r Klimaschutztag/-woche etc, sind zu fördern.

8. Folgende Anträge und Anregungen (Anlage 4 – 10) sind in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes 2020 und der Ausarbeitung des Handlungskonzeptes eingeflossen und werden - soweit fachlich und finanziell möglich - bei der Umsetzung berücksichtigt und umgesetzt.
 - Antrag A-R/0019/2007 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Münster 2020 – Aktionsprogramm für kommunalen Klimaschutz“
 - Antrag A-R/0028/2008 der Fraktionsgemeinschaft UWG/ödp „Biogas-Anlagen“
 - Antrag A-R/0002/2009 der SPD-Fraktion „Vernetztes und integriertes Beratungs- und Informationskonzept für Energieeinsparung und regenerative Energien in Münster aufbauen“
 - Antrag A-R/0017/2009 der Fraktionsgemeinschaft UWG/ödp „Solartechnik auf allen städtischen Dächern und Grundstücken“
 - Antrag A-R/0025/2010 der CDU-Fraktion „Bürgerschaft am Klimaschutz beteiligen“
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2010 eingebracht im AUB
 - Anregung gem. § 24 GO NRW 153/2009 „Beschleunigte Realisierung von Projekten“

~~Die Anträge und Anregungen sind damit formal erledigt.~~

Die Verwaltung wird darstellen, in welcher Form Anregungen aus den Ratsanträgen übernommen worden sind und in warum auf die Umsetzung beantragter Maßnahmen verzichtet wurde.

9. **Das Klimaschutzkonzept 2020 soll um einen weiteren Sektor „Landwirtschaft und Ernährung“ ergänzt werden.**

Instrumente wie etwa die Propagierung eines freiwillig fleischlosen Wochentags sind dabei zu berücksichtigen. BürgerInnen sollen auf den gesundheitlichen und den großen Klimanutzen des Einkaufs frischer, regionaler und saisonaler Produkte (z.B. via Einkaufsführer, Infos in Geschäften etc.) regelmäßig und eindringlich hingewiesen werden.

Die Verwaltung soll die Produktion klimaschädlicher Gase durch die landwirtschaftliche Tierhaltung im Stadtgebiet Münster abschätzen und prüfen, ob weitere Umweltdaten für Landwirtschaft und Ernährung abgebildet werden können.

10. **Die Verwaltung wird beauftragt, ein umfassendes Konzept für eine Klima schonende Verkehrsentwicklung, für Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau vorzulegen.**

Dabei sind für das Jahr 2020 folgende Ziele zu berücksichtigen:

- **Die Anteile der umweltfreundlichen Verkehrsmittel im Stadtverkehr und der öffentlichen Verkehrsmittel im regionalen Verkehr sollen deutlich gesteigert werden,**
- **das weitere Wachstum der Siedlungsflächen im Stadtgebiet soll gestoppt und durch Innenentwicklung, durch Flächenrecycling und durch städtebauliche Verdichtung in den Siedlungskernen kompensiert werden,**
- **die Inanspruchnahme von Freiraum, insbesondere von land- und forstwirtschaftlichen Flächen für die Siedlungsentwicklung, soll beendet werden,**
- **Städtebauliche Planungen und Vorhaben sind grundsätzlich auf die Ziele der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und der Nutzung Erneuerbarer Energien auszurichten.**

Die bislang im Klimaschutzkonzept 2020 vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Verkehr (V 1 – V 12) sowie Stadtentwicklung/Städtebau (Ü 8) werden in dieses Konzept integriert.

Das Konzept für Klimaschutz in der Verkehrs- und in der Stadtentwicklung sowie im Städtebau ist bis zum Frühjahr 2011 vorzulegen.

11. **Flächen für die Außengastronomie werden nur noch unter der Bedingung genehmigt werden, dass sich die Antragsteller zum Verzicht auf die Aufstellung von Heizpilzen, Infrarotstrahlern usw. bereit erklären. Auch bei bereits bestehender Außengastronomie werden die Betreiber um eine Selbstverpflichtung gebeten (siehe Anregung nach § 24 GO 9/2008).**

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immissionsschutz, Boden, Abfall			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2011 - 2020	900.000	jährlich 90.000 € (Ü1 und Ü6)
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (incl. Aufwendungen für B11 – B13, deren Refinanzierung angestrebt wird)	2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020	225.000 395.000 395.000 435.000 405.000 435.000 280.000 265.000 265.000 265.000	
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020	- 215.000 - 215.000 - 215.000 - 215.000 - 215.000 - 65.000 - 50.000 - 50.000 - 50.000	Refinanzierung B11 – B13
Insgesamt:				2.975.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen bzw. Einsparungen sind im Haushaltsplan 2011 bei den o. g. Produktgruppen zusätzlich zu veranschlagen.

**Punkt 4.3 der Tagesordnung
V/0735/2010**

Ergebnisbericht zum Einplanungsgespräch vom 22.09.2010 über die Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebbaus ab 2011

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 4.4 der Tagesordnung
V/0749/2010**

**Änderung der Gewässergebührensatzung (GGS);
hier: Änderung der Gebührentarife**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme der Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung zur Änderung der Gewässergebührensatzung (GGS) - Änderung der Gebührentarife - wird beschlossen (Anlage 1).
2. Der Berechnung der Gebührensätze für die Gewässerunterhaltung wird zugestimmt (Anlagen 2 und 3).

**Punkt 4.5 der Tagesordnung
V/0750/2010**

**Änderung der Abwassergebührensatzung (AGS);
hier: Änderung der Gebührentarife**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme der Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung zur Änderung der Abwassergebührensatzung (AGS) einschließlich der Änderung der Gebührentarife wird beschlossen (Anlage 1).
2. Der Berechnung der Gebührensätze für die Abwasserbeseitigung wird zugestimmt (Anlage 2 -10).

**Punkt 4.6 der Tagesordnung
V/0783/2010**

**Änderung der Satzung für die Benutzung der
Friedhöfe der Stadt Münster
Änderung der Gebührensatzung für die Fried-
hofseinrichtungen der Stadt Münster**

Herr Wigger erklärt, dass die SPD-Fraktion sich bei einer Abstimmung zur Vorlage enthalten wird, da sie noch internen Beratungsbedarf sieht. Frau Toulas bittet den Ausschussvorsitzenden, über die beiden Beschlussvorschläge der Vorlage getrennt abstimmen zu lassen. Herr Bruns beantwortet von Frau Farwick im Vorfeld der Sitzung gestellte Fragen zur Baumurnenbestattung und zu Vergleichszahlen aus anderen Kommunen.

Der Bitte von Frau Toulas folgend lässt der Ausschussvorsitzende zunächst über den Beschlussvorschlag 1 der Vorlage abstimmen. Bei 5 Enthaltungen (SPD) empfiehlt der Ausschuss dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages 1 einstimmig.

Nach Abstimmung zum Beschlussvorschlag 2 der Vorlage empfiehlt der Ausschuss dem Rat die Annahme bei 1 Nein-Stimme (DIE LINKE) und 5 Enthaltungen (SPD) mehrheitlich.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Münster vom 25.03.2008 wird beschlossen und tritt zum 01.01.2011 in Kraft (Anlage 1).
2. Die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Münster vom 12.12.2003 einschließlich des Gebührentarifs vom 28.03.2008 als Bestandteil der Gebührensatzung wird beschlossen und tritt zum 01.01.2011 in Kraft (Anlage 2).

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten/Folgekosten.

**Punkt 4.7 der Tagesordnung
V/0760/2010**

**Gräftenanlage
Herstellung
- Baubeschluss**

**Haus
der**

**Rüschhaus
Ufersicherung**

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Planung und Bauausführung der Ufersicherung der Gräfte am Haus Rüschaus wird gemäß der Planung des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz (Plan Nr. V 177.21) zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilfinanzplan – Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2010	20.000)
			2011	450.000	
Investitionsmaßnahme	4710	Sanierung Gräfte Haus Rüschaus			
Insgesamt:				470.000	

Teilergebnisplan – Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2011 ff	18.800	<i>Unterhaltungsaufwand Bleibt unverändert</i>
<i>Teilergebnisplan (Zeile)</i>	13	<i>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</i>			
	14	Bilanzielle Abschreibungen			
Insgesamt:				18.800	

Teilfinanzplan – Einzahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2011	120.000	Bescheid erteilt
Teilfinanzplan (Zeile)		Förderzuschuss DBU (Deutsch Bundesstiftung Umweltschutz)			
		Förderzuschuss Land NRW (Denkmalförderung)			
Investitionsmaßnahme			2011	50.000	Bescheid erteilt
Insgesamt:				170.000	

Teilergebnisplan - Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2012 ff	6.800	Auflösung von Sonderposten
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
Insgesamt:				6.800	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

**Punkt 4.8 der Tagesordnung
V/0820/2010**

Zwischenbericht zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE, der Ratsgruppe UWG/ÖDP und von Herrn Langenfeld A-R/0028/2010 "Ein neues Südbad ist das Ziel"

Herr Fastermann dank der Verwaltung für die Vorlage und bittet, den AUB über die Gesprächsergebnisse zu informieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 4.9 der Tagesordnung
V/0590/2010**

Jahresbericht 2009 der Biologischen Station Rieselfelder Münster

Herr Kisnat berichtet, dass sich der Beirat Rieselfelder mit dem Bericht umfangreich befasst hat.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Beratung der Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost

Bevor der Ausschuss in die Beratung der Tagesordnungspunkte 5 und 6 einsteigt, unterbricht der Ausschussvorsitzende, Herr Möltgen, die Sitzung von 18.35 Uhr bis 18.45 Uhr.

Anschließend weist Herr Möltgen den Ausschuss darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keiner umfangreichen Diskussionen bedarf, da die Anträge hier nicht abschließend beraten werden. Herr Kubel bittet darum, dass Beratungsverfahren zukünftig transparenter zu gestalten.

Die Ergebnisse der Beratung der Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost:

- Nr. 11: Jüdische Gemeinde Münster, Senioren- und behindertengerechter (barrierefreier) Um- und Erweiterungsbau des JGMS = mehrheitlich angenommen;
- Nr. 53: BV West, Kunst am Kreisel = mehrheitlich angenommen;
- Nr. 100: Kita die Glühwürmchen, Errichtung Waldspielplatz = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 107: DLRG Bezirk Münster e.V., Lebensraum Hochseeinsel Helgoland, = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 109: Heimatverein Sandrup-Sprakel, Energie-Autarkie am Heimathof = mehrheitlich angenommen;
- Nr. 111: Jugendinformations- und Bildungszentrum (JIB), Umweltbildung für Jugendliche ab 14 Jahren = einstimmig angenommen;

- Nr. 120: Zentrum f. Niederlande Studien, Kolloquium Cradle2Cradl "Auswege aus der Ressourcenkrise, aktuelle Konzepte aus den Niederlanden" = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 126: Verein Frauenstraße 24 e.V., Restaurierung Gemälde = einstimmig abgelehnt;
- Nr. 144: AG Betriebssozialarbeit e.V., "Grüne Welle", Ankauf PKW/LKW = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 151: Nütec, Natürliche Überlebenstechnik, Modell eines energieautarken Hauses = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 163: NABU-Naturschutzstation Münster e.V., Projekt Lebensraum Natur = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 164: NABU-Naturschutzstation Münster e.V., praktischer Naturschutz in Münster = einstimmig angenommen;
- Nr. 165: NABU-Naturschutzstation Münster e.V., Errichtung eines Amphibienschutzzaunes = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 166: NABU-Naturschutzstation Münster e.V., NaturGenussRoute = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 175: NABU- Stadtverband, Kauf Transporter Streuobstwiese = mehrheitlich abgelehnt;
- Nr. 181: Heimatverein Sandrup-Sprakel-C., Ausbau der Durchfahrtsscheune = einstimmig abgelehnt;
- Nr. 187: Förderverein Markuskapelle, Restaurierung Ostfenster = einstimmig abgelehnt.

Abschließend äußert sich Herr Dr. Hövelmann enttäuscht über das Beratungsergebnis, worauf hin Herr Möltgen ihm anheim stellt, noch einmal mit den Fraktionen Kontakt aufzunehmen, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Punkt 6 der Tagesordnung

Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2011, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2010 - 2014

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes gibt Herr Reuter für die FDP-Fraktion folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die FDP-Fraktion wird eine Reihe von Sparvorschlägen der Verwaltungsvorlage V/0438/2010, eingebracht am 09. Juni 2010 und vom Rat am 07. Juli 2010 verabschiedet, selbst nicht aufgreifen.

Die Fraktion hat die Vorlage intensiv, auch in ausführlicher Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern, beraten. Dabei haben wir selbst derart umstrittene Vorschläge wie etwa die Schließung der Bürgerbüros in Coerde, Gievenbeck und Gremmendorf als unumgänglich für die Erreichung des Konsolidierungs-Ziels verteidigt.

Nachdem allerdings Dezernent Dr. Wolf Heinrichs in einer Mail an die Fraktionsbüros am 09. November 2010 Sparvorschläge zurückgezogen hat, weil

- *die anvisierten Spareffekte nicht zu erreichen sind,*
- *sich Sparvorschläge und andernorts genannte Ziele widersprechen oder*
- *offenbar die Folgen der Einsparungen nicht ausreichend bedacht bzw. kalkuliert waren,*

wird die FDP-Ratsfraktion nun nur noch die Einsparvorschläge selbst aufgreifen, die nach unserem Erkenntnisstand auf belastbaren Zahlen beruhen.

Dabei unterstützen wir auch die Vorschläge zu den „pauschalen Kürzungen“. Wir werden aber bei der Umsetzung dieser Kürzungen im Haushalt 2011 ein wachsames Auge darauf haben, ob die aufgezeigten Einsparpotenziale realisiert bzw. wie Abweichungen davon begründet werden.“

Herr Wigger weist darauf hin, dass sich die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion zwischenzeitlich im Zusammenhang mit der Beratung des Haushaltsplanentwurfes auf eine einheitliche Linie verständigt haben. Daher wird die SPD heute im Einklang mit der CDU zum Haushalt abstimmen und im Vorfeld zur heutigen Sitzung der AUB-Geschäftsführung vorgelegte Änderungsanträge ggf. zurück ziehen.

Zur heutigen Beratung des Haushaltsplanentwurfes liegen den Anwesenden folgende Unterlagen vor:

1. Bereits mit der Tagesordnung versandte Liste der Anregungen und Sparvorschläge zum Haushalt bzw. zum Konsolidierungskonzept der Stadt Münster, die in die Zuständigkeit des AUB fallen;
2. Bereits mit der Tagesordnung versandte Beratungsfahrpläne für den Ergebnisplan und den Finanzplan mit allen bis zum 15.11.2010 der Verwaltung vorgelegten politischen Änderungsanträgen, den Anregungen gem. § 24 GO NRW, Nr. 177/2010 des Naturschutzbundes Münster e.V. und Nr. 205/2010 der NABU Naturschutzstation Münsterland, den Veränderungen aus der Verwaltung und den AUB-relevanten Konsolidierungsvorschlägen aus der Ratsvorlage V/0438/2010;
3. Weitere, heute eingebrachte politische Anträge/ Änderungsanträge, und zwar
 - Änderungsanträge der CDU-Fraktion zu den Nrn. 159, 160, 162, 169, 172 und 173 der Vorlage V/0438/2010 (liegen der Schriftführung schriftlich vor und werden zur jeweiligen Haushaltsposition mündlich gestellt)
 - Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 03.11.2010 zum Vorschlag Nr. 159 der Vorlage V/0438/2010
 - Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion vom 16.11.2010 zum Vorschlag Nr. 160 der Vorlage V/0438/2010
 - Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 04.11.2010 zum Vorschlag Nr. 163 der Vorlage V/0438/2010
 - Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 04.11.2010 zur Produktgruppe 1301, Pflege von Baumscheiben, Einbeziehung Ehrenamtlicher
 - Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 03.11.2010 zu den Vorschlägen Nrn. 161, 162 und 175 der Vorlage V/0438/2010 (Zustimmung zu diesen Vorschlägen)
 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2010 zur Produktgruppe 1201, Maßnahmenziffer 4006 – Hessenweg, Anschlussgleis, Straße und Brücke

- Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 04.11.2010 zur Produktgruppe 1301, Künstliche Parklandschaft Kinderbachtal.

Herr Möltgen bittet die Ausschussmitglieder, darauf zu achten, dass diese Anträge an entsprechender Stelle in die Beratung einfließen. Außerdem regt er an, alle in den Beratungsfahrplänen ausgewiesenen Veränderungen der Verwaltung, die sich nicht auf Vorschläge aus der Ratsvorlage V/0438/2010 beziehen, pauschal anzunehmen. Der Ausschuss stimmt diesem Verfahren einvernehmlich zu.

Beratung der Anregungen und Sparvorschläge zum Haushalt bzw. zum Konsolidierungskonzept der Stadt Münster, die in die Zuständigkeit des AUB fallen (siehe 1.)

Aus der vorliegenden Liste wird nur die Anregung K-005-b, und hier nur das Thema „Abstellen der Springbrunnen“ wie folgt aufgegriffen:

Prüfauftrag – Herr Fastermann bittet die Verwaltung, dem AUB für das Jahr 2012 eine differenzierte Betrachtung zur Entscheidung vorzulegen. Der Ausschuss stimmt bei 1 Enthaltung (DIE LINKE) einstimmig zu.

Beratung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2011, des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2010 – 2014

I. Teilergebnisplan

Produktgruppe 0209 – Brandschutz und feuerwehrtechnische Hilfeleistung

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 40, Nr. 79 – Reduzierung der Verwaltung um 2 gD-Stellen

Herr Wigger beantragt mündlich, dass die Einsparung nicht an Stellen/Personal gebunden werden soll, sondern die Einsparsumme vom Amt 37 in einem selbst benannten Bereich erbracht werden kann.

Der Ausschuss stimmt der Änderung einstimmig zu.

Produktgruppe 1003 – Wohnen

Seite 365, Band 1

Im Vorfeld der Beratung der beiden Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion zur Zeile 15, Transferaufwendungen, hier: Förderung Altbausanierung, weist Herr Möltgen den Ausschuss darauf hin, dass es hierzu den Vorschlag Nr. 156 (s. Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 68) gibt, wonach die freiwillige Leistung „Förderprogramm Altbausanierung“ mit einer jährlichen finanziellen Auswirkung von 100.000 € in 2010 – 2014 eingestellt wird.

1. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den Ansatz in der Zeile 15, Transferaufwendungen, von 100.000 € um 400.000 € auf 500.000 € in 2011 zu erhöhen, wird von Herr Wigger mündlich geändert auf eine Erhöhung um 250.000 € auf 350.000 € und so mehrheitlich angenommen.
2. Der Änderungsantrag der GAL-Fraktion, den Ansatz auf 250.000 € in 2011 zu erhöhen, wird zurückgezogen.

Produktgruppe 1201 – Bereitstellung von Verkehrsflächen u. -anlagen

Seite 399, Band 2

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den Ansatz in der Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in 2011 von 180.000 € auf 165.000 € zu reduzieren (Anteil Verkehrszeichen und Markierung), wird einstimmig beschlossen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 159 – Gehwegabsenkungen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

1. Der Beschluss der BV Münster-Südost vom 02.11.2010, dass der Sparvorschlag der Verwaltung im Grundsatz begrüßt wird, die Verwaltung allerdings beauftragt wird, zu Beginn jeden Jahres der Bezirksvertretung eine Liste der geplanten Gehwegabsenkungen in ihrem Gebiet zur Entscheidung vorzulegen, damit die Bezirksvertreter diese Maßnahmen aufgrund der genaueren Ortskenntnis auf ihre Notwendigkeit hin beurteilen und ggf. priorisieren können, wird einstimmig abgelehnt.
2. Der von der FDP vorliegende, gleichlautende Antrag wird zurückgezogen.
3. Der Vorschlag Nr. 159 wird gegen die Stimmen von FDP und GAL mehrheitlich abgelehnt.
4. Der mündlich von Herrn Buddenbäumer gestellte Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Halbierung des Verwaltungsvorschlages (= finanzielle Auswirkung um 35.000 € jeweils in 2011 – 2014 reduzieren), wird bei 3 Enthaltungen (GAL) und einer Gegenstimme (DIE LINKE) mehrheitlich angenommen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 160 – Barrierefreier Umbau von Haltestellen

1. Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.
2. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung beauftragt wird, künftig beim Entwurf des Haltestellenprogramms neben der Herstellung der Barrierefreiheit stärker auch die Beschleunigungseffekte für den ÖPNV in den Blick zu nehmen und dafür Stellplatzablösemittel heranzuziehen, neue Konsolidierungswirkung: 30.000 € jeweils in 2011 bis 2014, wird mehrheitlich angenommen.
3. Der Beschluss der BV Münster-Südost vom 02.11.2010 zur Ablehnung des Verwaltungsvorschlages ist damit erledigt.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 161 – Verzicht auf „kleinere Um- und Ausbaumaßnahmen“

1. Der Verwaltungsvorschlag wird bei 1 Enthaltung (DIE LINKE) einstimmig angenommen.
2. Der Beschluss der BV Münster-Mitte vom 02.11.2010, den Vorschlag aufzugreifen und der Beschluss der BV Münster-Südost vom 02.11.2010 zur mehrheitlichen Ablehnung des Vorschlages sind damit erledigt.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 162 – Reduzierung der Maßnahmen aus der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention

1. Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.
2. Der mündlich von Herrn Buddenbäumer gestellte Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Halbierung des Verwaltungsvorschlages (= finanzielle Auswirkung um 50.000 € jeweils in 2011 – 2013 reduzieren), wird mehrheitlich angenommen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 163 – Reduzierung bei der baul. Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen

1. Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig angenommen.

- Herr Reuter bittet darum, den folgenden Antrag vom 04.11.2010 zu Protokoll zu nehmen:

„Der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, vorrangig die geplanten bezirklichen und überbezirklichen Arbeiten an Straßen, Rad- und Gehwegen sowie die Neubauten in diesem Bereich zu priorisieren. Dabei sollen sechs Prioritätsstufen gebildet werden:

- 1. Aus Sicherheitsgründen notwendig. Beseitigung von akuten Schäden, Gefahrenabwehr*
- 2. Erfüllung gesetzlicher Aufgaben*
- 3. Fortführung begonnener Maßnahmen*
- 4. Aus- und Umbau, Verbreiterung und Verlegung*
- 5. Neubau*
- 6. Standardverbesserung*

Begründung:

Generell ist darauf zu achten, dass die Reduzierung baulicher Unterhaltung aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht zum Bumerang wird und die durch das Aufschieben einer Maßnahme eventuell überproportional steigenden Sanierungs- und Unterhaltungskosten nicht den Konsolidierungseffekt konsumieren. Daher ist zunächst eine Priorisierung anstehender Maßnahmen notwendig, ehe basierend auf dieser Reihenfolge über Konsolidierungsmaßnahmen in diesem Bereich entschieden werden kann. Bevor eine Entscheidung über Arbeiten an Straßen, Rad- und Gehwegen sowie die Neubauten in diesem Bereich möglich ist, müssen erst die Prioritäten geklärt sein. Nur auf dieser Grundlage lassen sich dann verantwortungsvoll Entscheidungen treffen.“

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 69, Nr. 164 – Erhöhung der Parkgebühren für Parkscheinautomaten

- Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig angenommen.
- Der Beschluss der BV Münster-Mitte vom 02.11.2010, den Vorschlag aufzugreifen, ist damit erledigt.

Produktgruppe 1301 – Grün- und Freiflächen

Folgender Antrag der FDP-Fraktion vom 04.11.2010 zur Pflege von Baumscheiben, Einbeziehung Ehrenamtlicher, Produktgruppe 1301, Haushalt Band 2, Seite 443, liegt vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Einbeziehung ehrenamtlich tätiger Bürger in die Pflege etwa von Baumscheiben, Kreiseln und Beeten zu prüfen. Ziel muss es sein, eine offizielle Möglichkeit der Bürger zu schaffen, die Verantwortung für die Pflege einzelner Beete, Baumscheiben etc. zu übernehmen. Dieses sollte mit einer offiziellen Anerkennung dieser Leistung verbunden werden. So können städtische Mittel für die Pflege von Baumscheiben eingespart werden.“

Herr Möltgen führt aus, dass der Antrag nicht haushaltsrelevant ist und bittet die Verwaltung um Stellungnahme. Herr Paal merkt an, dass dieser Bereich bereits beworben wird. Herr Reuter bittet um schriftliche Beantwortung. Der Antrag ist damit erledigt.

Der AUB nimmt folgenden Beschluss des Landschaftsbeirates zur Kenntnis:

Der Landschaftsbeirat sprach sich dafür aus, dass der folgende Beschluss vom 03.11.2010 bei den Haushaltsberatungen Beachtung findet:

„Der Landschaftsbeirat hat zur Kenntnis genommen, dass im Haushaltsplan gravierende Sparmaßnahmen im Grünflächenbereich vorgenommen werden sollen. Der Landschaftsbeirat weist darauf hin, dass laut Umfrage das Grün in unserer Stadt und die Belange für Natur und Landschaft bei den Bürgern unserer Stadt und national und international einen hohen Stellenwert einnehmen und hohes Ansehen genießt. Wir sind der Meinung, dass weiteres Herunterfahren der Pflegeintensität das Erscheinungsbild unserer Stadt schadet.“

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 71, Nr. 168 – Reduzierung des Spielflächenangebotes

Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich angenommen.
Herr Kubel stellt fest, dass die Konsolidierung nicht an der Zahl der KSP festgemacht werden soll, sondern dass die Einsparsumme erreicht werden soll. Die Verwaltung bestätigt die Auffassung von Herrn Kubel.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 71, Nr. 169 – Umwandlung von öffentlichen Grünflächen in Brachflächen

1. Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.
2. Der mündlich von Herrn Buddenbäumer gestellte Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Kürzung der finanziellen Wirkung auf 50.000 € in 2011 und jeweils 100.000 € in 2012 – 2014 wird mehrheitlich angenommen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 71, Nr. 170 – Reduzierung des Pflege- und Unterhaltungsstandards auf den Sportflächen

Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich angenommen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 71, Nr. 171 – Reduzierung des Maßnahmenprogrammes in den Grünflächen

Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich angenommen.

Produktgruppe 1303 – Natur, Landschaft, Erholung, Wasserschutz

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 72, Nr. 172 – Verzicht auf "Freiwilliges ökologisches Jahr" (FÖJ)

Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig abgelehnt.

Seite 472, Band 2

Die Anregung gem. § 24 GO NRW, Nr. 177/2010 vom 15.10.2010, des Naturschutzbundes Münster e.V. zur Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2011 in Höhe von 25.000 € für das Projekt „Streuobstwiesenschutz“ wird einstimmig beschlossen.

Die Anregung gem. § 24 GO NRW, Nr. 205/2010 vom 03.11.2010, der NABU - Naturschutzstation Münsterland, zur Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 59.990,58 € in 2011 für verschiedene Naturschutzprojekte (Sandmagerrasenschutz 11.305,32 €; Ringelnatterschutz 2.776,77 €; Artenschutz Eisvogel 3.542,28 €; Naturschutz im NSG „Emsaue“ und auf dem TÜP Dorbaum 1.102,08 €; Ein König sucht sein Reich 816,72 €; Amphibien-Schutzkonzept 5.580,65 €; Schutzkonzept für wertvolle Säume 6.814,44 €; Artenreiche Feldflur 10.950,42 €; Naturschutz in der Waldlandschaft Davert 2.145,12 €; Flora von Münster 6.454,20 €; Überarbeitung

Artenhilfsprogramme 2.236,47 €; Maßnahmenkonzeption und Kartierung TÜP Handorf 6.266,11 € (Zeile 15, Transferaufwendungen) wird mehrheitlich beschlossen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 72, Nr. 173 – Naturschutzmaßnahmen und Landschaftspflege

Der mündlich von Herrn Buddenbäumer gestellte Änderungsantrag der CDU-Fraktion, in 2011 keine Kürzung und ab 2012 eine Kürzung um 1,75 % vorzunehmen, wird mehrheitlich angenommen.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 72, Nr. 174 – Überwachung des Hiltruper Sees

Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig angenommen.

Produktgruppe 1401 – Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immission, Boden, Abfall

Seite 505, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz in der Zeile 17, ordentliche Aufwendungen, um 400.000 € in 2011, um 500.000 € in 2012, um 600.000 € in 2013 und um 700.000 € in 2014 für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu erhöhen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Vorlage V/0438/2010, Anlage 4, Seite 72, Nr. 174 – Reduzierung der Öffentlichkeitsarbeit um eine 0,5 Stelle

Der Verwaltungsvorschlag wird mehrheitlich angenommen.

II. Teilfinanzplan

Produktgruppe 0209 – Brandschutz und feuerwehrtechnische Hilfeleistungen

Seite 637, Band 1

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Maßnahme, Ziffer 4710, Neubau Feuerwache 3, zu schieben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 0801 – Sportentwicklung, Sportanlagen u. –stätten

Seite 300, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei der Maßnahmenziffer 4240, Sanierung Umkleide Gebäude Preußenstadion, den Saldo in 2011 von -525.000 € um 525.000 € auf 0 € zu setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1101 – Abwasserbeseitigung

Seite 381, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei der Maßnahmenziffer 4089, Eschstraße, den Saldo in 2013 von -400.000 € um 400.000 € auf 0 € zu setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 383, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei der Maßnahmenziffer 4140, Albersloher Weg, Angelsachsenweg/Osttor, den Saldo in 2013 von -100.000 € um 100.000 € auf 0 € und in späteren Jahren von -580.000 € um 580.000 € auf 0 € zu setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1201 – Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen

Seite 404, Band 2

Die gleichlautenden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme Ziffer 4001, Heroldstr./ DB, zu streichen, werden mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, bei der Maßnahmenziffer 4006, Hessenweg, Anschlussgleis, Straße und Brücke, im Jahr 2014 einen Ansatz von 500 € zu bilden, womit durch Einstellen von Planungskosten die Maßnahme als Bestandteil kommender Etatberatungen gesichert werden soll, wird mehrheitlich beschlossen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, bei der Maßnahmenziffer 4007, Fritz-Stricker-Str., Entlastungsstr. Mecklenbeck, die Ansätze jeweils um ein Jahr vorzuziehen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 407, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei der Maßnahmenziffer 4029, Peter-Rosegger-Weg u.a., die Salden der Jahre 2011 – 2013 auf 0 € zu setzen, wird zurück gezogen.

Seite 410, Band 2

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, bei der Maßnahmenziffer 4049, Am Hawerkamp/ Stadthafen 1, Bp. 401, den Saldo in 2014 von -650.000 € um 650.000 € auf 0 € zu setzen und ihn in spätere Jahre zu schieben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 412, Band 2

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, bei der Maßnahmenziffer 4066, Osttor, Marktallee – Ringstr., Geh- und Radweg, einen Sperrvermerk anzubringen (Haushaltsmittel werden entsperrt, wenn die neue Brückenführung festgelegt ist), wird wegen des Hinweises von Herrn Grimm, dass die Haushaltsmittel zur Sanierung der vorhandenen Brücke benötigt werden, zurück gezogen.

Seite 415, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei der Maßnahmenziffer 4084, Am Getterbach, die Salden in 2011 und 2012 auf 0 € und die VE 2011 auf 0 € zu setzen, wird zurück gezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4085, Roxel Nord II, BG, Bp. 488, um 1 Jahr zu schieben, wird zurück gezogen.

Die gleichlautenden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4089, Eschstraße, zu streichen, werden mehrheitlich abgelehnt.

Seite 416, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4094, Landwehr, nördl. BG, Bp 459, zu streichen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4096, Vorplatz Stadthaus II, zu streichen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur selben Maßnahme auf Schieben um 1 Jahr wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 417, Band 2

Die gleichlautenden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4099, Roxel Nordumgehung, zu streichen, werden mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur selben Maßnahme, den Saldo in 2011 von -700.000 € um 700.000 € auf 0 € zu setzen (Grunderwerb um 1 Jahr verschieben), wird zurück gezogen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur selben Maßnahme, die Mittel in 2011 für den Grunderwerb in Höhe von 700.000 € in spätere Jahre zu schieben, weil eine Realisierung der Maßnahme nicht absehbar ist (Sollte sich wider Erwarten noch zu Regierungszeiten einer Rot-Grünen Landesregierung eine Realisierung abzeichnen, können die Mittel wieder eingestellt werden), wird mehrheitlich abgelehnt.

Die mit dem Beschluss der BV Münster-Mitte vom 02.11.2010 gleichlautenden Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4124, Spiekerhof Aa-Brücke, zu streichen, werden mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur selben Maßnahme, die Einzahlungen in 2011 in Höhe von 200.000 € und die Auszahlungen in 2011 von 300.000 € nach 2012 sowie die Auszahlungen in 2012 in Höhe von 250.000 € nach 2013 zu verschieben (Verschönerung verschieben), wird zurück gezogen.

Seite 418, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, zur Maßnahme, Ziffer 4125, Koburger Weg, Radweg bis HP Zentrum Nord, den Saldo in 2011 in Höhe von -125.000 € zu schieben und der weitergehende Änderungsantrag der FDP-Fraktion, die Salden in 2011 und späteren Jahren auf 0 € zu setzen, werden mehrheitlich abgelehnt.

Seite 419, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Maßnahme, Ziffer 4140, Albersloher Weg, Angelsachsenweg/ Osttor, die Salden in 2011, 2012, 2013 und in späteren Jahren auf 0 € zu setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur selben Maßnahme, die Salden jeweils um 1 Jahr zu schieben (zugunsten einer weiteren Haushaltskonsolidierung), wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 420, Band 2

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Maßnahme, Ziffer 4142, Im Sundern, den Saldo 2012 in spätere Jahre zu schieben (zugunsten einer weiteren Haushaltskonsolidierung), wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 421, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme, Ziffer 4150, Ludgeristr., Verspoel/Promenade, zu schieben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Maßnahme, Ziffer 4154, Julius-Voos-Gasse, den Saldo 2014 in spätere Jahre zu schieben (angesichts der gegenwärtigen Lage ist eine Realisierung schon 2014 nicht absehbar. Sollte wider Erwarten doch schon eine frühere Realisierung möglich sein, kann der Betrag wieder vorgezogen werden), wird mehrheitlich abgelehnt.

Seite 423, Band 2

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, die Maßnahme, Ziffer 4160, Hiltruper Str., Geh- und Radweg Petersdamm, in spätere Jahre zu schieben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss der BV Münster-West vom 04.11.2010, die für 2014 und spätere Jahre geplante Maßnahme, Ziffer 4164, Roxel Haltepunkt DB, Bp 487, nach 2012 und 2013 vorzuziehen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur selben Maßnahme, sie in spätere Jahre zu schieben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Produktgruppe 1301 – Grün- und Freiflächen

Seite 451, Band 2

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Maßnahme, Ziffer 4520, ÖG/ KSP Angelmodde östl. Twenhövenweg Bp. 474, den Ausbau des für 2011 geplanten Spielplatzes um 2 Jahre zu verschieben, da das Baugebiet in seiner Entwicklung nur langsam voran schreitet, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Beschluss der BV Münster-Mitte vom 02.11.2010 zur Maßnahme, Ziffer 4680, Park Sentmaring, den Saldo 2011 von -194.000 € um 139.900 € auf -54.000 € und den Saldo in späteren Jahren von 0 € um -139.900 € auf -139.900 € zu verändern, wird einstimmig beschlossen.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur selben Maßnahme, den Saldo in 2011 von -194.000 € um 124.000 € auf -70.000 € zu reduzieren und in 2012 auf 0 € zu setzen, wird zurück gezogen.

Seite 452, Band 2

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Maßnahme, Ziffer 4690, Parkanlage Kinderbachtal Gievenbeck BP. 516, die Salden der Jahre 2013, 2014 und spätere Jahre auf 0 € zu setzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur selben Maßnahme, den Saldo in 2014 auf 0 € zu setzen (Neukonzeption), wird mehrheitlich beschlossen.

Dadurch hat sich der Antrag der FDP-Fraktion, wonach die Verwaltung beauftragt werden soll, die für die weiteren Bauabschnitte geplanten landschaftsgestalterischen Arbeiten (u.a. Anlegen von 9.300 qm Weide, ca. 13.500 qm Landschaftsrasen, ca. 2.250 qm Wildkräutersaum und ca. 700 qm Pflanzflächen) zunächst in den Bereich späterer Haushaltsjahre zu verschieben, erledigt.

Auch der Änderungsantrag der Fraktion UWG/ödp, die Maßnahme zu schieben, ist damit erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Beantwortung von Anfragen und Beratung von Anträgen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Sonstiges

8.1 Diesjähriger Weihnachtsbesuch des Ausschusses bei der Feuerwehr

Herr Möltgen erinnert an die Tradition, zu Weihnachten (24.12.) die Feuerwehr zu besuchen, um den Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die im ablaufenden Jahr geleistete Arbeit auszusprechen. Er kündigt an, dass noch abgefragt wird, wer daran teilnehmen möchte. Anschließend erhalten die Teilnehmer/innen eine entsprechende Einladung.

8.2 Photovoltaikanlagen/ Brandbekämpfung

Im Vorfeld der Sitzung stellte Herr Rettig folgende Frage an die Verwaltung:

„Der Presse ist zu entnehmen, dass die Feuerwehren Probleme bei der Brandbekämpfung haben, wenn auf Dächern Photovoltaikanlagen installiert sind. Hier können wohl Gleichstromspannungen von über 1000 Volt entstehen, die zu Gefährdungen der Einsatzkräfte führen können.“

Wie geht die Stadtverwaltung (Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehren, Amt für Immobilienmanagement) mit dieser Problematik um? Sind oder werden bei städtischen Gebäuden sog. PV-Feuerweherschalter eingebaut?“

Die Beantwortung wird für die kommende Sitzung zugesagt.

Abschließend bedankt der Ausschuss sich recht herzlich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung der Beratungsunterlagen.

Jörn Möltgen
Vorsitz

Bärbel Jahn
Schriftführung